

## Weltfinanzsystem

### Frühjahrgutachten, international

Den Auftakt für die Frühjahrstagung der Bretton-Woods-Institute Weltbank und Internationaler Währungsfonds stellt traditionell ein Treffen der Finanzminister und der Notenbankpräsidenten der G7-Staaten dar. Alles in allem gesehen, entsteht aus den Ergebnissen der Beratungen und den Beschlüssen ein Bild der Lage der Weltkonjunktur.

Dieses Bild ist zur Zeit nicht schlecht. Krisenhafte Entwicklungen konnten zurückgeführt werden. Die Delle im Wachstumsprozeß scheint überwunden zu werden. Wird die Atempause genutzt, um Strukturreformen voranzutreiben (in Ländern aller Kategorien: Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern), dann könnte es insgesamt wieder aufwärts gehen. Die Lage wird allerdings zugleich als fragil bezeichnet.

Von der UNO, insbesondere der asiatisch-pazifischen Regionalorganisation, kam der Vorschlag, eine Weltfinanzorganisation (WFO) zu schaffen (analog der Welt handelsorganisation, WTO), welche drohende Finanzkrisen rechtzeitig erkennen und vermeiden helfen soll. Auch der IWF schloß einen »dritten Akt« der Welt-Tragödie (nach der Asien- sowie der Rußland- und Brasilienkrise) in seinem Bericht zur Lage der Weltfinanzen nicht aus.

Die Mittel des IWF, die in den letzten Jahren so stark wie nie zuvor stark beansprucht worden sind, stehen nunmehr nur noch sehr begrenzt zur Verfügung. Die Kredite für Rußland können nicht in dem Maße aufgestockt werden, wie Rußland dies wünscht. Immerhin engt die vereinbarte Umschuldung der Altschulden der Sowjetunion den Spielraum für neue Finanzhilfen ein. Für kurzfristige Hilfen an IWF-Mitglieder, die solide Politik machen, sind neue Fazilitäten geschaffen worden, sozusagen Überziehungskredite, in einer Größenordnung von 300 bis 500% der jeweiligen Einlagen (genannt CCL, Contingent Credit Lines).

Die Lage der Entwicklungs- und Schwellenländer insgesamt verschlechtert sich zunehmend. Die Weltbank macht darauf aufmerksam, daß es im ehemaligen Ostblock Mitte der neunziger Jahre 147 Millionen Menschen gab, die unter der Armutsgrenze von 4 \$ pro Tag lebten, 1989 waren es erst 14 Millionen gewesen. Andererseits machen China und Indien spürbare Fortschritte, zeigen insbesondere eine erstaunliche Resistenz gegenüber Ansteckungsgefahren aus der asiatischen Krise.

Die weitere Entwicklung ist nicht leicht einzuschätzen. Die amerikanische Wirtschaft als Motor der Weltkonjunktur entfaltet spürbar weniger Kraft. Dadurch gewinnen die Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen zwischen den USA, Europa und Japan an Bedeutung und mit ihnen wiederum die relativen Gewichte der drei großen Währungsblöcke. Der Dollar könnte an Außenwert verlieren, dem Yen wird nach der Erholung im letzten Jahr keine große Dynamik mehr zugetraut, der Euro,

der bisher eher unterbewertet ist, könnte an Bedeutung gewinnen. Die Handelsbilanzüberschüsse (zu Lasten der USA) dürften parallel dazu etwas zurückgehen, worunter wiederum die Konjunkturen der EU und Japans leiden könnten – wenn nicht Erfolge der Strukturpolitiken unverhofft Nachfrageschübe auslösen sollten.

## **Entwicklungsländer**

### **Nomen est omen**

Wie soll man sie nennen: »die ärmsten Länder«? – ein deprimierender Name, der einen Zustand benennt, eine Relation aus einem Weltmaßstab für Wohlstand und einem nationalen Durchschnittswert, der noch dazu die Verteilung im Lande unberücksichtigt läßt; »Entwicklungsländer«? – ein Name, der immerhin Raum für Hoffnung läßt, indem er einen Prozeß benennt, einen Weg der Besserung. – »Entwicklungsländer« also: Wer ihnen helfen will, muß helfen, ihre wirtschaftlichen Entwicklungen voranzubringen. Das Ziel ist nicht umstritten, wohl aber sind es die Mittel. Die Mittel umfassen einerseits Kredite aus vergangenen Jahren, dazu Zins- und Tilgungsrückstände, andererseits neue Mittel und Schuldenerlasse (was in der internationalen Buchführung das selbe ist, für die betroffenen Länder freilich nicht). Eine Entwicklungspolitik, die das Ziel, die Entwicklungsprozesse in Gang zu halten und nach Möglichkeit zu beschleunigen, aus dem Blick verliert, verdient ihren Namen nicht.

Die Armut eines Landes ist ein relativer Begriff, eine Beziehung zwischen der Größe der Bevölkerung und den Mitteln zu ihrer Subsistenz. Die Entwicklung eines Landes wird als positiv eingestuft, wenn die Zunahme der Güterproduktion das Bevölkerungswachstum möglichst deutlich übersteigt. Hierbei werden zwei veränderliche Größen zueinander in Beziehung gesetzt. Bevölkerungspolitik ist deshalb zugleich ein integrierender Bestandteil der Entwicklungspolitik. Auch sie ist nach wie vor heftig umstritten. Wer Geld geben soll, will im allgemeinen auch mitreden, in der Bevölkerungspolitik treten Wortführer auf, die als Geldgeber kaum in Erscheinung treten. Entschlossen, sich von ihrem Wort kein Jota rauben zu lassen (wenn es gegen Geburtenkontrolle und gegen Abtreibungen geht), blockieren sie mögliche Fortschritte gegenüber den vor fünf Jahren in Kairo gefaßten Beschlüssen. Die immerhin erreichte Abschwächung des Bevölkerungszuwachses in den letzten Jahren aber ist ein Trend, der jederzeit kippen kann.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer hängt entscheidend von der Weltkonjunktur ab. Die großen Krisen der letzten Jahre haben nicht zuletzt die Rohstoffpreise purzeln lassen. Die Exporterlöse der Entwicklungsländer sinken auch dann drastisch, wenn die gelieferten Mengen gleich bleiben. Darunter leidet die Fähigkeit, Entwicklungskredite zu bedienen und ausländische Direktinvestitionen ins Land zu ziehen. Die Dynamik der Entwicklung als solche aber wirkt ebenso positiv wie negativ. Die Entwicklungspolitik muß ihre Ziele vor allem jetzt ver-

folgen, da die Weltkonjunktur die Entwicklungsländer unverschuldet in die Schuldenfalle treibt.

## **Welthandel**

### **Vor dem Turnier in Seattle**

Die großen Spieler geben ihre Gebote ab. Die sogenannte Millenniumrunde der Welthandelsorganisation, die im November in Seattle ihren Anfang nehmen soll, ist eingeläutet. Noch hat die WTO ihr Ziel nicht erreicht, dem Welthandel Freiheit zu verschaffen, indem Zölle und andere Handelshemmnisse abgebaut und schließlich abgeschafft werden, da werden weitere Ziele genannt: vor allem die Definition und die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards.

Umweltschutz und Schutz der Schwachen als solche brauchen einerseits keine Begründung, haben aber andererseits in der WTO alles andere als einen natürlichen Verbündeten. Es geht schließlich nicht um einen Reißbrettentwurf für eine neue Welt, sondern um handfeste Vorteile in einer bestimmten historischen Situation. Der WTO reicht das Prinzip der Legalität völlig aus. Die Durchsetzung der Standards kann aus ihrer Sicht letztlich nur durch gesetzliche Verankerung in nationalen und übernationalen Rechtsordnungen erfolgen, also nicht ihre Aufgabe sein.

Umgekehrt spricht nichts dagegen, einzelne Produkte mit besonderen positiven, neutralen oder auch negativen Kennzeichen zu versehen, sei es auf freiwilliger Basis, sei es durch gesetzlichen Zwang (zum Beispiel Umweltengel, Hinweis auf Gesundheitsschäden durch Tabakgenuss, Fleisch von hormonbehandelten Tieren etc.), und an die Verbraucher zu appellieren, diese bei ihren Kaufentscheidungen zu berücksichtigen.

Aus der EU kommt aktuell ein weiterer Vorschlag hinzu, der keinen raschen Erfolg verspricht: ein Investitionsschutzabkommen für die WTO-Mitglieder – nachdem die OECD mit ihrem Vorhaben (MAI genannt) gescheitert ist. Um dem umstrittenen Vorhaben überhaupt Chancen zu verschaffen, soll nicht der abgelehnte Entwurf erneut vorgelegt, sondern ein völlig neuer Vorschlag erarbeitet werden.

## **Unidroit**

### **Sicherungsrechte an Mobilien**

Privatrecht ist überwiegend nationales Recht. Im internationalen Handel machen sich die Unterschiede mitunter störend bemerkbar. Abhilfe schaffen soll eine internationale Konvention, vorangetrieben vom Internationalen Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts (Unidroit).

Regelungsbedarf wird insbesondere für hochpreisige bewegliche Güter gesehen (z.B. Flugzeuge, Satelliten, »Rolling Stock«), genauer gesagt, für das Sicherungsrecht an solchen Mobilien. Unidroit schlägt vor, internationale Register mit Publizitätswirkung einzurichten, welche die Ansprüche der Gläubiger im Konfliktfall bzw. bei drohendem Forderungsausfall besser schützen sollen.

Die angestrebte Konvention soll den Rahmen abgeben für sogenannte Protokolle einzelner Branchen, die im Detail auszuhandeln sind. Ein Protokoll, das z.B. die Finanzierung von Flugzeugen zum Gegenstand hat, soll alle Besonderheiten dieser Sparte berücksichtigen. Wenn es gelingt, mehr Sicherheit in einzelne Sparten zu bringen, dann verschwinden auch die bisher üblichen Sicherheitszuschläge, die von Land zu Land unterschiedlich sind und einzelne Finanzierungen erheblich verteuern. Auch staatliche Ausfallbürgschaften würden seltener in Anspruch genommen.

## **Electronic Commerce**

### **Opting out**

Wenn das Staunen über ein neues Medium abklingt, beginnen die Klagen – meistens über altbekannte Dinge, die schließlich auch das neue Medium erobert haben. Ein Gegenstand solcher Beschwerden sind unerwünschte Werbebotschaften. Werbung in elektronischen Briefkästen nennt man »junk mail«, und genau die soll aussperrbar sein, wenn es nach dem Willen von Verbraucherverbänden und nach dem Europäischen Parlament geht. Das Medium selber bietet ein Mittel, das für einen effizienten Schutz nötig ist: Listen mit eMail-Adressen, die für Werbebotschaften gesperrt sind, sogenannte »Opt-out-Listen«. Noch aber gilt das Herkunftslandsprinzip, auch für das Verhalten von Werbungtreibenden, so daß, nicht zuletzt aus formalen Gründen, die angestrebte Regelung vorläufig kaum Aussicht hat, verabschiedet zu werden.

## **Deutschland**

### **Finanzpolitik**

#### **Phantasie und Mut**

Die öffentlichen Einnahmen dienen der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben, so steht es in den Lehrbüchern der Finanzwissenschaft. Reichen die Einnahmen nicht aus, können Steuern erhöht, Staatsschulden aufgenommen oder Ausgaben vermindert werden. Die Steuern sind bereits auf historischem Höchststand und stellen eine Belastung für den Standort Deutschland dar. Außerdem ist aufgrund höchst-richterlicher Rechtsprechung eine steuerliche Entlastung der Familien erforderlich, die nicht durch neue Belastungen (zum Beispiel eine höhere Mehrwertsteuer) »gegenfinanziert« werden darf, wenn die Regierung glaubwürdig bleiben will. Höhere Schulden scheiden – nicht zuletzt wegen der Notwendigkeit, die Maastricht-Kriterien einzuhalten – aus. Das einzige Rädchen, das der Finanzpolitik bleibt, sind die öffentlichen Ausgaben. Und alle wissen, was das bedeutet: Subventionsabbau. Und jeder weiß, wer dafür und wer dagegen ist.

Phantasie und Mut sind den Verantwortlichen zu wünschen. An Phantasie mangelt es nicht. Der Sachverständigenrat etwa riet bereits vor Jahren dazu, alle Subventionen am Ende des Jahres 2000 auslaufen zu lassen und wieder bei Null (und mög-

lichst klein) anzufangen. Der Wirtschaftsminister bat die Unternehmensverbände schlicht um Vorschläge für Kürzungen, ohne dabei Sankt Florian zu bemühen, versteht sich. Es geht um ein Volumen von etwa 115 bis 290 Mrd. DM an Subventionsleistungen (die Berechnungsmethoden differieren und liefern entsprechend unterschiedliche Ergebnisse), von denen – aus fiskalischen Gründen – etwa 20 bis 30 Mrd. eingespart werden müssen (»strukturelles Defizit« genannt).

Die Wogen gehen hoch. Es ist von Konzernen die Rede, die Steuerentlastungen fordern, obwohl sie gar keine zahlen, von »der Wirtschaft«, die mehr Leistungen vom Staat empfängt, als sie an Steuern aufbringt. Die Emotionen deuten darauf hin, daß tatsächlich Grenzen erreicht worden sind. Bei nüchterner Betrachtung braucht man wiederum nur die Lehrbücher zu konsultieren, um zu erkennen, welche Arten von Finanzleistungen mehr und welche weniger sinnvoll sind: weniger zum Beispiel die Erhaltungssubventionen, mehr zum Beispiel zeitlich begrenzte Anschubhilfen. So gesehen und mit dem diskreten Hinweis auf den großen Bruder in Brüssel, der alles beobachtet, bleibt den Verantwortlichen vor allem eines zu wünschen: Mut.

### **Antikorruption**

#### **OECD-Richtlinie umgesetzt**

Gezahlte Schmiergelder sind Kosten, angenommene Schmiergelder sind Prämien für gewolltes Fehlverhalten, abzugsfähige Schmiergelder mindern die öffentlichen Einnahmen (nicht nur als anerkannte Kosten, sondern meistens auch als nicht deklarierte Einnahmen) – man braucht keine moralische Meßlatte, um die schädliche Wirkung der Korruption zu belegen, ein spitzer Bleistift genügt. Trotzdem wird weiter bestochen.

Die Gründe dafür sind vielfältig und überwiegend bekannt. Im Wettbewerb besteht das Risiko, nicht zum Zuge zu kommen, wenn die Produkte nicht gut genug oder zu teuer sind, Schmiergelder sollen dieses Risiko im Einzelfall ausschalten. Sind die Sitten erst einmal verdorben, entscheidet anstelle von Qualität und Preis nur noch die Höhe der Bestechungsgelder. In einer solchen Situation entsteht der als solcher empfundene Zwang, auch gegen seine innere Überzeugung mitzutun oder aus dem Markt auszuscheiden.

Sind staatliche Stellen beteiligt, kommt im internationalen Vergleich ein Phänomen hinzu, das an die Kellnerbezahlung erinnert: Im Hinblick auf erwartete Schmiergelder werden die Bezüge niedrig festgelegt. Es handelt sich also um eine Art verdeckter Steuerzahlung zur direkten Alimentierung von Beamten und Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst (»Staatspfründe«). In jenen Ländern ist der moralische Zeigefinger deshalb nicht in erster Linie auf die Unternehmen zu richten.

Das Volumen der Schmiergeldzahlungen allein in den OECD-Ländern wird auf rund 30 Mrd. \$ jährlich geschätzt. Die Folgeschäden sind nicht zu beziffern. Der nach langem Ringen gefundene Kompromiß stellt einen Minimalkonsens dar, welcher die grenzüberschreitende Beamtenbestechung verbietet mit der Folge, daß die

dabei fließenden Zahlungen nicht länger als Betriebsausgaben anrechenbar sind. Hinsichtlich der Korruption außerhalb des staatlichen Bereiches – mit allen nachteiligen Folgen – bleibt es zunächst bei den unterschiedlichen nationalen Regelungen.

Das OECD-»Übereinkommen zur Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr« ist jetzt, und gleich EU-konform, in deutsches Recht umgesetzt worden. Damit ist die sogenannte Vorteilsnahme als solche strafbar geworden, nicht erst – wie bis dahin – eine umständlich und manchmal gar nicht zu beweisende, darauf beruhende Handlung des Bestochenen zugunsten des Bestechenden.

## **Konjunktur**

### **Frühjahrgutachten, national**

1998 waren es 2,8%, im Herbst wurden für das Jahr 1999 noch 2,3% Wachstum prognostiziert, jetzt sind es 1,7%. Im nächsten Jahr sollen es 2,6% werden. Die Anzahl der Arbeitslosen soll in beiden Jahren um je etwa 250.000 sinken, allerdings vor allem aufgrund des sinkenden Arbeitsangebotes, nicht aufgrund einer höheren Beschäftigung. Schlummernde Wachstumskräfte sieht der Sachverständigenrat in seinem Frühjahrgutachten vor allem in den Unternehmen, weshalb deutliche Senkungen der Unternehmenssteuern empfohlen werden.

Da die im Gutachten genannten Senkungen des Spitzensteuersatzes für gewerbliche Einnahmen auf 35% wegen der Gleichbehandlung von privaten Einkünften weitere Steuerausfälle nach sich ziehen würden, läuft die Empfehlung auf einen Umbau des Steuersystems hinaus. Der von der Regierung geplante Subventionsabbau wird begrüßt. Interessanterweise wird generell empfohlen, die Form der Steuervergünstigungen (Einkommensverzicht) aufzugeben und, wenn überhaupt, an ihrer Stelle Finanzhilfen (direkte Ausgaben) vorzusehen. Verfahrensmäßig entsteht daraus der Vorteil, daß über die Höhe jedes Jahr in den Haushaltsberatungen, und das heißt im Parlament, entschieden werden müßte.

Der Internationale Währungsfonds korrigierte seine Wachstumsvorhersage für Deutschland unter den vom Sachverständigenrat angenommenen Wert und rechnet nunmehr mit nur noch 1,5%. Maßgeblich für diese Einschätzung ist primär die Exportabhängigkeit der Wirtschaft vor dem Hintergrund der globalen Krisen. Eine Steigerung der Binnennachfrage, die für einen Ausgleich sorgen könnte, wird nicht erwartet. Die ohnehin schon hohe Neuverschuldung läßt nach Ansicht des IWF nicht genügend Spielraum für kurzfristig wirksame Maßnahmen. Erste Meldungen über wieder zunehmende Exporterfolge im neuen Jahr lassen, wie schon so oft in der Vergangenheit, Wachstumsimpulse vorzugsweise vom Außenbeitrag erwarten.

## **Außenhandel**

### **Kontinuierlicher Rückgang**

Die im letzten Jahr begonnene Talfahrt des sonst so erfolgsgewohnten deutschen Außenhandels dürfte auch im laufenden Jahr fortgesetzt werden. Ein Grund für diese Entwicklung ist die verschärfte Konkurrenz asiatischer Exporteure, die nach drastischen Abwertungen ihrer Währungen deutlich billiger anbieten können (und ihr Heil ja auch im Export suchen). Ein anderer Grund wird darin gesehen, daß der unsinnige Bananenkrieg, welcher in Amerika zur Erhebung von Strafzöllen auf wichtige Importe geführt hat, vermeidbare Einbußen gerade der deutschen Exporte zur Folge hat; allein die Verteuerung hat einen Wert von rund 53 Mio. DM jährlich, entgangene Geschäfte nicht gerechnet (und hinter diesem Posten steht eine beliebig große Zahl). Ein Ausgleich (etwa gegenüber den aufstrebenden MERCOSUR-Staaten) scheitert wiederum an der Abschottung der europäischen Märkte gegen ausländische Agrarprodukte. Es ist nicht zu begreifen, daß die EU als ein Verbund entwickelter Volkswirtschaften den Schutz des primären Sektors so weit treibt, daß der sekundäre und der tertiäre Sektor dadurch international behindert werden.

## **Europäische Union**

### **Berliner Gipfel**

#### **Ansätze zu Reförmchen**

Deutschland, der große Nachbar der EU-Beitrittskandidaten im Osten, als Ratspräsident; Berlin, die alt-neue Metropole des Ost-West-Handels, als Tagungsort; die Agenda 2000 mit ihrer milleniumsmäßigen Hausnummer als Etikett und Signal zugleich – das Gipfeltreffen im März weckte Erwartungen, die schon während der Vorbereitungszeit immer tiefer gehängt werden mußten. Der Gipfel selber schließlich brachte kaum mehr zustande als einen Konsens des machtvollen Auf-der-Stelle-Tretens: Keine Bewegung in der Finanzierungsfrage, die mehr als relativ unbedeutende Verschiebungen erbrächte; eine im Vorfeld abgewürgte, im Ergebnis nur mit bewaffnetem Auge wahrnehmbare Agrarreform; ein blinder Fleck an der Stelle, wo den Beitrittskandidaten eine Perspektive für die nächsten (schwierigen) Jahre geboten werden sollte; als kleines Wunder die rasche Verständigung auf Prodi als Nachfolger Santers – das neue Amt wird ihm anstelle eines Bündels neuer Lösungen einen Arm voll alter Probleme zu bieten haben. Das »Haus Europa« besteht nicht nur aus Keller und Küche, gewiß, die Qualität der Wohngemeinschaft aber wird schon im Untergeschoß erkannt.

## **WTO-USA-EU**

### **Biegen und beugen**

Die USA streiten unter dem Schild des Freihandels für die Interessen ihrer Fruchtkonzerne, die WTO-widrige Verhängung von Strafzöllen auf Industrieprodukte (»Retorsionen« genannt) wird nicht als Widerspruch zu dem hochgehaltenen Prinzip angesehen. Die EU streitet unter dem Schild der sozialen Verantwortung für die Interessen der ehemaligen Kolonien einzelner Mitgliedstaaten, mangelnde soziale Verantwortung gegenüber den europäischen Konsumenten, die seit Jahren überhöhte Preise zahlen müssen, wird nicht als Widerspruch zu diesem Prinzip gesehen.

Hinter den jeweils genannten Prinzipien steht der Eigennutz, der zwar einen schlechten Ruf – aber offenbar alle Macht der Erde hat. Also wird weiter gestritten: über die Gesundheitsschädlichkeit von Fleisch, das von Tieren stammt, die (in den USA und in Kanada) mit Hormonbeigaben schneller aufgezogen werden, als es die Natur sonst zuläßt; über genveränderte Pflanzen und Tiere und Substanzen, die in alle möglichen Lebensmittel vordringen; demnächst wohl über zusammengehexte Retortenwesen, denen der Schritt vom Labor zur Massenproduktion noch bevorsteht, vom Klonschaf bis zum Homunkulus.

Die Visiere werden geschlossen. Das jüngste Gutachten der WTO (mit Beteiligung von Amerikanern zustandegekommen) weist für einzelne der in Übersee legal verwendeten Hormone Gesundheitsrisiken vom Krebs bis zur Veränderung des Erbgutes nach. Die Amerikaner bestreiten dies und wollen weitere Strafmaßnahmen gegen Unbeteiligte beschließen. Die Europäer führen die Totalkontrolle des Importfleisches ein und haben die letzte Frist der WTO zur Einigung verstreichen lassen, da sie vom Nachweis der Schädlichkeit überzeugt sind. Das zweite Jahrtausend unseres Kalenders neigt sich, und wir haben den Urwald noch nicht verlassen. Sollte, in der anscheinend mehr be- als verschworenen Wertegemeinschaft die Frage, welche Waren und Dienstleistungen dem Freihandel unterworfen werden, nicht leicht zu klären sein?

## **Mittelmeer**

### **Freihandelszone 2010**

Die EU reicht von Portugal bis nach Griechenland und strebt die Partnerschaft mit den östlichen und südlichen Anrainerstaaten rund ums Mittelmeer an. Die Planungen gipfeln in wirtschaftlicher Hinsicht in der Vision einer Freihandelszone für 700 Millionen Menschen im Jahr 2010. Im Jahr des Auslaufens des ersten EU-Förderprogramms (Meda I) werden Erfolge und Fortschritte gemeldet. Das Folgeprogramm (Meda II) soll die Arbeit in den nächsten fünf Jahren sicherstellen.

Das gesamte Vorhaben reicht über die wirtschaftlichen Ziele weit hinaus und soll im Lauf des Jahres in der »Euro-Mediterranen Charta für Frieden und Stabilität« niedergelegt und verabschiedet werden. Die Fortschritte leiden unter politischen Konflikten sowie darunter, daß die meisten konkreten Abkommen bilateral ge-



geschlossen werden müssen, da insbesondere der arabische Raum keinen nennenswerten Zusammenhalt zeigt. Eine gegenseitige Annäherung ist dagegen bei den Maghreb-Staaten zu erkennen.

## **EU-Südafrika**

### **Kooperation steht**

Etwa 70% der afrikanischen Exporte in die EU waren bisher schon zollfrei, nach dem endlich gebilligten Abkommen, das vor mehr als drei Jahren ausgehandelt worden war, werden es vom nächsten Jahr an gut 90% sein. Gestritten worden ist bis zuletzt um geschützte Bezeichnungen wie »Sherry« und »Port« (die Südafrika nach unterschiedlichen Übergangsfristen im Ausland und im eigenen Land nicht mehr verwenden wird), ausgespart geblieben sind bisher die bekannten »sensiblen« Agrarprodukte, für die zusätzliche Vorbehalte gelten, sowie die Fischerei.

## **Amerika**

### **USA**

#### **Im Fadenkreuz**

Der Sog der amerikanischen Märkte bewirkt seit Jahren wachsende Defizite in der amerikanischen Leistungsbilanz. Der Ausgleich soll durch einen erhöhten amerikanischen Exportdruck geschaffen werden. Zu diesem Zweck versucht die Clinton-Administration seit Jahren, sowohl eine tragfähige West-Ost-Brücke nach Asien zu bauen als auch eine panamerikanische, über die NAFTA hinaus nach und nach beide Amerika überspannende Nord-Süd-Brücke: ein Fadenkreuz der Weltwirtschaft.

Die wandernden Krisenherde der Weltwirtschaft scheinen beide Pläne in die Ferne zu rücken. In Asien gibt es in der Folge der Krise mehr zu helfen als (unterm Strich) zu verdienen, in Südamerika geht von den Problemen Brasiliens eine Lähmung aus, die den ganzen Kontinent ergriffen hat. Was bleibt den USA zu tun, die auf ein neues historisches Defizit zusteuern? Sie können am Außenwert des Dollar festhalten und dadurch weiterhin stabilisierend wirken, oder sie können am Wechselkurs als dem Wertmaßstab für Im- und Exporte drehen, den Dollar schwächen (den Euro stärken) und somit eigene Exporte verbilligen, ausländische Lieferungen aber entsprechend verteuern. Wenn die Partner in der Weltwirtschaft gefragt würden, wie würden sie wohl antworten?

### **MERCOSUR**

#### **GemEinsame Wege**

Während die Freihandelszone in Nordamerika (NAFTA) als Erfolg gilt, scheint es den Mitgliedern der größten südamerikanischen, dem MERCOSUR, am festen Willen zu mangeln, den Erfolg in Gemeinsamkeiten zu suchen. Der chilenische

Staatspräsident Eduardo Frei (Chile ist – neben Bolivien – assoziiertes Mitglied) beneidet jedenfalls nicht ohne Grund die Europäer um ihre Währungsunion. Das Nebeneinander des abgewerteten brasilianischen Real und des an den US-Dollar gebundenen argentinischen Peso läßt ein rasches Zusammenwachsen nicht erwarten.

Die Hoffnungen der Europäer auf den »Zukunftsmarkt Südamerika« gründen denn auch mehr auf den Potentialen des Kontinentes als auf den aktuellen Geschäftsbeziehungen. Der MERCOSUR mit seinen etwa 225 Mio. Menschen nimmt nur etwa 0,5% der Ausfuhren der EU auf. Erfolgreicher als Verkäufer sind Unternehmen, die direkt investieren und sich dem Wechselkursrisiko weitgehend entziehen (wären da nicht die innergemeinschaftlichen Grenzen und Differenzen). Die auch von der EU immer wieder beschworenen Chancen, die sich aus intensiveren Wirtschaftsbeziehungen ergeben würden, erfordern noch große Anstrengungen – auf beiden Seiten. Die Europäer haben den Südamerikanern zwar eine längere Periode des Zusammenwachsens voraus, aber wenn sie die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte zulassen sollen, greifen sie nach wie vor ganz unzivilisiert zur Keule.

## Asien und Australien

### Südostasien

#### Erste Anzeichen eines Aufschwungs

Die Asienkrise ist noch nicht ausgestanden. Die ersten »Patienten« rappeln sich auf, den »Doktoren« vom IWF und von der Weltbank wird weiterhin vorgeworfen, daß ihre Medizin nicht nur bitter schmecke – es wird nachhaltig an ihrer »medizinischen Kunst« gezweifelt.

Die rigiden Sparmaßnahmen zeigen erste Wirkungen und tragen dazu bei, das internationale Standing der betroffenen Länder wieder herzustellen. Die Maßnahmen wirken aber auch nach innen und haben zum Teil soziale Verwüstungen hinterlassen, die noch lange Zeit spürbar bleiben werden. In Indonesien und in Thailand leben heute jeweils rund ein Siebtel der Bevölkerungen in Armut. Die Verarmten können kein Schulgeld mehr aufbringen mit der Folge, daß auch ihre Kinder ohne Chancen bleiben werden.

Von der Not der Betroffenen selbst einmal abgesehen, fehlt den Binnenkonjunkturen die Kraft, die Volkswirtschaften entscheidend voranzubringen. Die Ausfuhren können den Ausgleich nicht bewirken, da der Binnenhandel des Großraums erheblich zurückgegangen ist. Deshalb legen einzelne Länder Konjunkturprogramme zur Nachfragestützung auf – das genaue Gegenteil der zuvor durchgepaukten Sparpolitiken.

Etwa 118 Mrd. \$ sind in die Krisenregion geflossen und tragen zum Teil gute Früchte (die ersten Beträge fließen jetzt zurück). Millionen von Arbeitsplätzen sind vernichtet, Millionen selbständiger Existenzen sind zerstört aufgrund der Folge-

schäden, vor allem des Kapitalmangels und der Konjunkturinbrüche. Das Lehrgeld zahlen die Schwachen.

## **China**

### **Vor dem WTO-Beitritt?**

Ein geduldiger Patient im Wartezimmer der Welthandelsorganisation (WTO) ist China – 13 Jahre nachdem der Antrag gestellt wurde – nicht. Reif für den Beitritt ist das Land eigentlich auch nicht. Der von China eingeschlagene Weg, die Zustimmung der USA und der EU jeweils bilateral zu erlangen, soll eine Abkürzung sein. Dem von China erhofften Vorteil stehen allerdings Auseinandersetzungen im Wege, von der Einhaltung der Menschenrechte bis zum Streit über den völkerrechtlichen Status Taiwans, die weit über die Liberalisierung des Außenhandels hinausreichen.

Hinzu kommt, daß die Europäer keineswegs geneigt sind, einer eventuellen Einigung Chinas mit den USA blind zuzustimmen. Die bilateralen Verhandlungen haben allerdings ohnehin keine akzeptablen Ergebnisse gebracht, da die Chinesen in ihren Angeboten hinter denjenigen zurückblieben, die sie in den USA machten. Ob mögliche Einigungen mit Japan und Australien (den nächsten bilateralen Verhandlungspartnern) ausreichen werden, um den Beitritt vorm November zu ermöglichen, bleibt abzuwarten.

Die Reise des chinesischen Ministerpräsidenten in die USA, im April, verlief im Ergebnis enttäuschend. Trotz eines umfassenden Entgegenkommens der chinesischen Seite, entschied sich der amerikanische Präsident, mit Rücksicht auf starke Gegnerschaft im Parlament, für eine Ablehnung. Der bevorstehende Wahlkampf und die für November geplante Millenniumrunde der WTO lassen für die nächste Zeit eher ein Divergieren der Haltungen erwarten (neue WTO-Abkommen legen die Schwelle für beitrittswillige Länder bekanntlich immer höher). Dabei ist es gut möglich, daß der Ministerpräsident der Opposition in seinem Land bereits zu weit gegangen ist. Der seidene Vorhang einer umfassenden staatlichen Informationspolitik läßt nach außen manches in milderem Licht erscheinen.

In den USA rechnete das Institute for International Economics indessen aus, daß die Öffnung der 25 am besten vor ausländischer Konkurrenz abgeschirmten Märkte die chinesischen Erzeuger 40 Mrd. \$ Umsatz und beiläufig 11 Millionen Arbeitsplätze kosten könnte. Schon jetzt sind ausgewählte Märkte für landwirtschaftliche Produkte den globalen Konjunkturschwankungen ausgesetzt und lassen entsprechend ahnen, daß die Prognose wohl richtig ist. Die potentiell betroffenen Branchen organisieren deshalb bereits Widerstand gegen den WTO-Beitritt und seine unausweichlichen Folgen.

## Taiwan

### **Vor dem WTO-Beitritt?**

China scheint es in den Jahren des Dialogs mit dem Westen gelungen zu sein, den Status Taiwans stärker in Frage zu stellen, als dies öffentlich zugegeben wird. Der acht Jahre alte Antrag Taiwans auf einen Beitritt zur WTO (anders als China übrigens als entwickeltes Land) sollte angenommen werden, nachdem alle bilateralen Verhandlungen abgeschlossen sind.

Man munkelt aber, Taiwan soll erst nach China aufgenommen werden. Taiwan sieht begrifflicherweise keinen Zusammenhang zwischen den Beitritten beider Länder und drängt, nachdem die USA-Reise des chinesischen Ministerpräsidenten keine Einigung brachte, die WTO zur Entscheidung. Taiwan jedenfalls hat nichts gegen einen chinesischen Beitritt einzuwenden.

## Japan

### **Reformen greifen nicht**

Auf die Neuverschuldung von 10% des BIP sowie den Schuldenstand von 110% des BIP angesprochen, erwiderte der Vorsitzende des Wirtschafts-Strategierates der japanischen Regierung, Hirotaro Higuchi, zwar, Japan müsse nicht die Maastricht-Kriterien erfüllen, ließ aber zugleich durchblicken, daß die Staatsschulden den Japanern durchaus Sorge bereiten. Gleichwohl räumt die Regierung derzeit einem Konjunkturprogramm gegenüber der Sanierung der Staatsfinanzen den Vorrang ein.

Die japanische Wirtschaftspolitik scheint sich ganz generell in einer Situation zu befinden, in der jeweils gegensätzliche Ratschläge gegeben werden. Das neue Programm wird begrüßt, weil es die Konjunktur ankurbeln könnte; gleichzeitig wird es abgelehnt, weil es den viel zu hohen Schuldenstand weiter erhöht. (Die amerikanischen Erfahrungen, sofern sie übertragbar sind, lassen eher einen Rückzug des Staates und einen konsequenten Schuldenabbau als angezeigt erscheinen.)

Neben Staatsverschuldung (und Überregulierung der Wirtschaft) stellen die Sozialsysteme das dritte große Strukturproblem dar. Die japanische Gesellschaft überaltert zunehmend. Um, salopp gesprochen, die demographische Lücke zu stopfen, sollen vermehrt junge ausländische Arbeitskräfte ins Land gelassen oder sogar geholt werden; gleichzeitig können schon jetzt nicht mehr – wie gewohnt – alle Schul- und Hochschulabgänger in die Betriebe aufgenommen werden und dürfte das Senioritätsprinzip in Kürze auf breiter Front aufgegeben und die in Japan als kritisch angesehene Marke von 5% Arbeitslosigkeit bald erreicht werden. (Senioritätsprinzip nennt man in Japan die lebenslange Beschäftigung der Arbeiter und Angestellten in einem Unternehmen oder Konzern in Verbindung mit einer nach Zugehörigkeitsdauer bemessenen Entlohnung.)

Was der Staat in dieser Situation tun wird, kann sowohl richtig als auch falsch sein. Vielleicht helfen scheinbar simple Lehrbuchweisheiten weiter wie: Strukturprobleme sind mit strukturpolitischen, Konjunkturprobleme dagegen mit konjunk-

turpolitischen Maßnahmen anzugehen. Daß in der Wirtschaft und auch in der Wirtschaftspolitik alles mit allem zusammenhängt, steht nicht im Widerspruch dazu, darf aber nicht dazu verleiten, vorzugsweise indirekte Lösungswege zu suchen (etwa Strukturpolitik durch konjunkturpolitische Maßnahmen). Fehlgeschlagene kurzfristige Maßnahmen hat es in der jüngsten Vergangenheit ausreichend gegeben.

## Europa

### Belgien und Luxemburg

#### Abflachung der Konjunktur erwartet

Belgien hatte große Mühe, in den Kreis der Startteilnehmer der EWWU aufgenommen zu werden, denn die Staatsschulden waren mit 122% des BIP mehr als doppelt so hoch, wie sie hätten sein dürfen. Nur die »weiche Auslegung« der Maastricht-Kriterien (über den als positiv eingeschätzten Trend der Veränderung, die eigentliche Konvergenz) ermöglichte die Aufnahme. Das staatliche Finanzgebaren muß nun für längere Zeit der Rückführung der aufgelaufenen Schulden höchste Priorität einräumen.

Die Aussichten für einen kontinuierlichen Schuldenabbau sind nicht schlecht, denn das Land gehört sicherlich zu den Gewinnern der Währungsunion. 70% des BIP gehen in den Export, der zu drei Vierteln in die EU-Länder geht. Deutschland ist für Ein- und Ausfuhren der wichtigste Handelspartner. Die Erleichterungen des Binnen-Außenhandels in der Euro-Zone kann Belgien im hohem Maße für sich nutzen. Die Abhängig von den EU-Außenmärkten sind eher gering. Dennoch wird ein leichter Rückgang der Konjunktur im laufenden Jahr auf die Einflüsse der Asienkrise zurückgeführt.

Die Wirtschaftsunion Belgiens mit Luxemburg ist mit dem Aufgehen in der EWWU zwar obsolet geworden, die statistische Einheit ist aber noch gegeben. In beiden Ländern zusammen werden für das laufende Jahr (in Klammern die Vorjahresergebnisse) folgende Entwicklungen erwartet: Wachstum +2,5% (nach +2,8%), Importe +4,7% (+5,9%), Investitionen +4,6% (+5,4%), privater Verbrauch +2,2% (+3,0%). Im Großherzogtum allein ist die Lage insgesamt besser als in Belgien und bedeutend besser als im EU-Durchschnitt.

### Italien

#### Amici, nicht diese Töne

Auch Italien hatte mit 118% Staatsverschuldung (bezogen auf das BIP) ein starkes Handikap zu überwinden, um Startmitglied der EWWU zu werden. Die Regierung gelobte Besserung, und schaffte die Hürde. Wenn mit der Aufnahme ein »absolvo te« die Altschulden aufgehoben hätte, wäre jetzt alles in Ordnung. Die Neuverschuldung hält sich nämlich in den verlangten Grenzen, die Inflationsrate überraschenderweise auch.

Die Kräfte des Wachstums allerdings lahmen. Der Außenhandel stagniert und droht sogar zu schrumpfen (außer der Asien-Krise macht sich auch der Verlust der Beweglichkeit der Lira bemerkbar, die früher manches Problem zu exportieren half). Die Binnenkonjunktur kann – nach Auslaufen der Sonderanlässe (wie der Verschrottungsprämie für Autos) – nicht ausgleichen, was im Export verloren geht. Sorgen macht deshalb vor allem der Schuldenstand, genauer gesagt, das im Stabilitätspakt vorgesehene »konvergente« Abschmelzen des Berges (wofür erheblich mehr Wachstum nötig wäre und ja auch eingeplant ist, als jetzt erreicht werden kann).

Schon hört man aus Rom Töne, die geeignet sind, den Kritikern der Aufnahme des Landes in die EWWU nachträglich Recht zu geben: »kreative« (ausgelagerte) Nebenbuchführungen für investiv begründete Neuschulden werden genau so vorgeschlagen wie eine Streckung des Zeitraums, in dem die Schulden (möglichst unmerklich) abgebaut werden sollen. Der damalige Staatspräsident Prodi könnte schon bald Gelegenheit haben, aus Brüssel die Erfüllung seiner Zusagen von damals von seinem Nachfolger in Rom einzufordern, und sein damaliger Finanzminister Ciampi, als neuer Staatspräsident, diese Forderungen zu erfüllen.

## **Österreich**

### **Im Geleitzug**

Im ersten Jahr der Währungsunion zeigt sich immer deutlicher, daß die nationalen Unterschiede in der Euro-Zone insbesondere auf den unterschiedlichen Startbedingungen beruhen, während die Linien der kurzfristigen konjunkturellen Entwicklungen dicht beieinander liegen. Das gilt auch für Österreich.

Das BIP-Wachstum wird im laufenden Jahr voraussichtlich auf +2,4% zurückgehen (nach +3,3% im Vorjahr). Die Funktion eines Konjunkturmotors hat der Export abgegeben und die Binnennachfrage übernommen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Fremdenverkehr in Österreich ein bedeutender und sensibler Wirtschaftszweig ist, der u.a. vom Wetter und von Katastrophenmeldungen abhängt und deshalb spürbar schwankende Beiträge leistet.

Erstaunlich sind die Gewinne an ausländischen Direktinvestitionen im Land, verglichen mit österreichischen Investitionen im Ausland. Seit dem EU-Beitritt wurden 93 Mrd. Schilling geleistet und 168 Mrd. empfangen. Beobachter aus Deutschland führen diesen Erfolg (in Deutschland ist es bekanntlich umgekehrt) nicht zuletzt auf die deutlich verbesserte Standortqualität im Gefolge einer Steuerreform zurück, die insgesamt recht gut aufgenommen worden ist.

## **Osteuropa**

### **Im Vorzimmer der EU**

Ein Blick auf die (vorläufige) Außenhandelsstatistik für das abgelaufene Jahr zeigt Bedeutung und Dynamik des Osthandels für die deutsche Wirtschaft: Am Gesamtvolumen von 1764 Mrd. DM hatte der Osthandel (mit den Staaten Mittel- und

Osteuropas sowie der GUS mit Rußland) einen Anteil von 10,7% (oder 188 Mrd. DM). Die Zunahme des gesamten Außenhandels betrug 6,7%, diejenige des Osthandels allein fast das Doppelte, 12,6%. Der Beitrag des Osthandels zum gesamten Ausfuhrüberschuß lag sogar bei 13%.

Die Länderstatistik zeigt, daß die zehn der EU assoziierten Staaten 75% des gesamten Osthandels auf sich vereinten (nach 70% im Vorjahr). Entsprechend wenig umfangreich ist der Handel mit Rußland, dem größten Land im Osten. Die Kernmächte des ehemaligen Ostblocks und ihre Satelliten driften in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung seither zunehmend auseinander. Die sogenannten Selbstheilungskräfte der Wirtschaft reichen bei weitem nicht aus, das in jeder Hinsicht gebotene Zusammenwachsen zu bewirken.

## Ein Standardwerk neu vorgestellt

### **Garantien und Bürgschaften der Bundesrepublik Deutschland zur Förderung der deutschen Ausfuhr mit Sonderteil Rechtsverfolgung im Ausland**

Begründet von Ernst Schallehn, fortgeführt von RA Dr. Roland Scheibe, RA Dr. Eckhardt Moltrecht, RA Susanne Kuhn, Hermes Kreditversicherungs-AG

Deutscher Wirtschaftsdienst, Köln, Loseblattwerk in 3 Ordnern. Ca. 2350 Seiten. 198 DM (zur Fortsetzung). ISBN 3-87156-004-9.

Bestimmte wirtschaftliche und politische Risiken im Export sind nur im Rahmen der staatlichen Exportkreditversicherung (sogenannte »Hermes-Deckungen«) absicherbar. Dieses Standardwerk, verfaßt von Experten der Hermes Kreditversicherungs-AG selber, informiert über alle für Exporteure und Banken wissenswerten Details der Bundesdeckungen und stellt das Instrumentarium der Ausfuhrleistung im internationalen Kontext dar.

Erläutert werden alle Deckungsformen, die gesetzlichen Grundlagen der Bundesdeckungen sowie alle wichtigen Verfahrensschritte im Antrags- und Entschädigungsverfahren. Die Leser werden aktuell über Änderungen der Politik zur Deckung von Länderrisiken sowie der für die Prämienberechnung maßgeblichen Länderisikoeinstufungen informiert.

Das Werk wird durch einen Band zum Thema »Rechtsverfolgung im Ausland« ergänzt, der wichtige Informationen zur Vertragsgestaltung, Absicherung und Forderungseintreibung in allen wichtigen Handelspartnerländern enthält. Hierzu gehört u.a. eine ständig aktualisierte Darstellung des Wechselrechts, der Gesellschaftsformen und der Insolvenzverfahren der jeweiligen nationalen Rechtsordnungen.

Außenwirtschaftsbrief 3/1999. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, Juni 1999: Deutscher Wirtschaftsdienst.